

Ethnopolitische Konflikte im Nordkaukasus

Geschichte - Gegenwart - Perspektiven

Die Ausgangsposition

Der Nordkaukasus ist einerseits das zur Zeit zweifellos instabilste Gebiet in der gesamten Russländischen Föderation (RF), andererseits gilt er im Land aufgrund seiner geostrategischen Lage als besonders wichtig für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit. Nach Meinung vieler russischer Experten liegt die Hauptbedrohung für die Sicherheit der RF jetzt und in der nächsten Zukunft in bewaffneten Konflikten im Süden des Landes, die immer mehr Staaten und Nationalitäten sowohl des „nahen“ (das heißt der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – GUS) als auch des „fernen“ Auslandes einbeziehen.¹ In der RF wird daher ein direkter Zusammenhang zwischen der Sicherheit des Landes und einer stabilen und kalkulierbaren Entwicklung des Nordkaukasus hergestellt.

Determinanten der ethnopolitischen Situation im Nordkaukasus

SOZIALE FOLGEN DER BEWAFFNETEN AUSEINANDERSETZUNGEN IM NORDKAUKASUS

Seit dem Ende der achtziger Jahre entstanden auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR sechs regionale Konfliktherde, die zu bewaffneten Zusammenstößen mit einem Eingreifen von regulären Truppen und dem Einsatz von schweren Waffen eskalierten. Davon liegen vier im Kaukasus: Berg-Karabach, die armenische Exklave in Aserbaidshan (Krieg 1991 bis 1994); Südossetien (1991 bis 1992) und Abchasien (1992 bis 1993), beides in Georgien; Tschetschenien (russische Militärinterventionen 1994 bis 1996 und seit September 1999); die anderen waren im Dnjestr-Gebiet in Moldowa (1992) und im mittelasiatischen Tadschikistan (1992 bis 1997). Außerdem kam es in der GUS zu etwa 20 kleineren bewaffneten Zusammenstößen, die Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten. Die Kriege in Tschetschenien waren zweifellos die verheerendsten Konflikte im europäischen Teil der ehemaligen UdSSR. Hier steht einerseits die Wiege des militanten Separatismus, andererseits hat die russische Führung hier folgenschwere Fehler begangen, die zu ungeheuren Opfern und Zerstörungen geführt haben.

Als Folge der Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR kamen bis Anfang 1999 mehr als 100 000 Menschen um beziehungsweise werden vermisst; davon vier Fünftel im Kaukasus. Die größten Verluste gab es in Tschetschenien.² Allerdings gibt es kaum vertrauenswürdige Schätzungen über die Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung, welche die große Mehrheit der Opfer der Kriegshandlungen und Gewaltakte stellte.

1 Vgl. Larisa Choperskaja: Problemy regional'noj bezopasnosti na Severnom Kavkaze. In: A. Malašenko (Hg.): Čto chotjat regiony Rossii? Moskva 1999, S. 63

2 Vgl. Puti mira na Severnom Kavkaze. Nezavisimyj ekspertnyj doklad pod redakciej V. A. Tiškova pri podderške mirotvorčeskoj missii na Severnom Kavkaze. Moskva 1999, S. 15

Tabelle 1: Zahl der Toten in den bewaffneten Auseinandersetzungen im Nordkaukasus 1988 bis 1996 (in 1 000):

Konflikt= gebiet	1988-1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	Insgesamt
Berg-Karabach	0,1	0,4	0,5	7,0	14,0	2,0			24,0
Süd= ossetien			0,6	0,5					1,1
Abchasien				3,8	8,0	0,2			12
Nord= ossetien - Ingu= schetien				0,8	0,2				1
Tsche= tschenien 1994-96						4,0	25,5	6,2	35,7
Insgesamt	0,1	0,4	1,1	12,1	22,2	6,2	25,5	6,2	73,8

Quelle: Puti mira na Severnom Kavkaze. Nezavisimyj ekspertnyj doklad pod redakciej B. A. Tiškova pri podderške mirotvorčeskoj missii na Severnom Kavkaze. Moskva 1999, S. 16.

ÖKONOMISCHE GEGEBENHEITEN

Der Nordkaukasus ist die wirtschaftlich schwächste Region der RF. Die Lage wird durch die anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen³ und die Schädigung ganzer Industriezweige, vor allem der Rüstung, in der ein Großteil der Bevölkerung des Nordkaukasus in der Sowjetzeit beschäftigt war, noch zusätzlich verschärft.

Wirtschaftlich steht der Nordkaukasus sogar vor dem Hintergrund der bekannt schlechten Situation in der ganzen RF ungünstig da. In den mehrheitlich klar russischen Verwaltungseinheiten – den Gauen von Krasnodar und Stawropol sowie dem Gebiet von Rostow – geht es relativ besser. Die Industrieproduktion in der kleinen Republik der Adygen, in Nordossetien und Kabardino-Balkarien macht dagegen nur etwa ein Viertel des russischen Durchschnitts aus. In der Landwirtschaft ist die Situation weniger dramatisch. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in Inguschetien und Dagestan mit 20 beziehungsweise 21 Prozent vom russischen Durchschnitt besonderes niedrig, und folglich ist dort auch die Armut drückend.

Tabelle 2: Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen unter dem Existenzminimum liegt (in Prozent)

Subjekt der RF	1994	1995	1996	1997	1998
Republik der Adygen	46,3	46,4	56,7	42,0	keine Daten
Republik Dagestan	keine Daten	71,2	64,7	53,8	57,5
Republik Inguschetien	keine Daten	keine Daten	keine Daten	keine Daten	76,0
Republik Kabardino-Balkarien	36,7	42,5	40,7	40,5	44,6
Republik Karatschajewo-Tscherkessien	28,3	45,7	55,3	40,3	52
Republik Nordossetien	33,1	42,8	38,5	34,2	33

3 Der Sachschaden im Gebiet des Konflikts zwischen Osseten und Inguschen 1992 belief sich auf 26 Millionen US-Dollar, der des ersten Tschetschenien-Krieges 1994–96 betrug 5,5 Milliarden US-Dollar. Vgl. ebd., S. 17

Gau von Krasnodar	23,7	32,4	25,1	25	32
Gau von Stawropol	36,5	39,6	30,3	34,8	40
Gebiet von Rostow	31	33,4	21,2	19,8	33
Durchschnitt RF	22,4	24,7	22,1	20,8	21

Quelle: Regiony Rossii. Statističeskij sbornik. Moskva (Goskomstat RF) 1998, S. 116f. Zu Tschetschenien fehlen Daten.

MIGRATIONSBEWEGUNGEN UND IHRE FOLGEN

Die Kriege und bewaffneten Konflikte lösten Wellen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus. Ihre Zahl betrug vor dem Ausbruch des zweiten Tschetschenienkrieges im September 1999 1,107 Millionen in der ganzen RF, davon 239 000 im Nordkaukasus.⁴ Nach Angaben der bekannten russischen Kaukasusexpertin Prof. Larissa Choperskaja übersiedelten im Zeitraum von 1989 bis 1999 ungefähr 2 Millionen Menschen in die nordkaukasische Region. Davon kamen 1,3 Millionen aus anderen Gebieten der RF und 0,7 Millionen aus Ländern der GUS.⁵ Ungefähr 790 000 Menschen kamen in den Gau von Krasnodar, 360 000 in den Gau von Stawropol und 480 000 in das Gebiet von Rostow. Die Einwanderung in die autonomen Republiken des Nordkaukasus war niedriger und bestand vor allem aus Vertretern der dortigen Titularnationen.⁶

Die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen haben die ethnische Zusammensetzung einer Reihe von Gebieten nachhaltig verändert. Die Bevölkerung Tschetscheniens verringerte sich nach Angaben des staatlichen russischen Statistikamts bis zum 1. Januar 1999 auf 780 000 und damit im Vergleich zu 1989 um ein Viertel. Nach Angaben offizieller Vertreter Tschetscheniens waren diese Angaben aber um mindestens 30 Prozent zu hoch. Vor dem zweiten Tschetschenienkrieg befanden sich nach Angaben des russischen Innenministeriums 29 000 ethnische Russen in der Republik, davon mehr als 17 000 im Pensionsalter. In Bezirken Tschetscheniens mit kompakter russischer Bevölkerung (Schelkowskij, Naurskij) hat sich deren Anzahl stark verringert.⁷ Das größte aktuelle humanitäre Problem in der Region sind allerdings die (je nach Quelle) 150 000 bis über 200 000 tschetschenischen Flüchtlinge in Inguschetien, die bereits zwei Kriegswinter in Lagern unter sehr schlechten Bedingungen zubringen mussten.

Die Ereignisse in Tschetschenien – und vor allem natürlich die beiden Kriege – sind eine Tragödie nicht nur des tschetschenischen Volkes, sondern auch jener Russen, für die Tschetschenien mehrere Generationen lang Heimat war. Die Russen verlassen aber auch die autonomen Republiken Dagestan, Nordossetien, Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien, wo von keiner „antirussischen Verdrängungspolitik“ der Behörden gesprochen werden kann. Dort liegen die Ursachen für die Abwanderung weit mehr im ökonomischen als im politischen Bereich. Nach Meinung des ständigen Vertreters von Präsident Wladimir Putin im Südlichen Föderalen Bezirk, General Viktor Kasanzew, wäre es somit auch nicht richtig, einfach von einer „Verdrängung der Russen“ zu sprechen: Das Problem liegt darin, dass es keine Arbeit gibt. Die Russen arbeiteten in der Sowjetzeit meist in Fabriken, die im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise schließen mussten. „Und während in einem solchen Fall ein

4 Vgl. ebd., S. 17f

5 Larissa Khoperskaia: The Northern Caucasus: Factors of confrontation and prospects for stability. In: Central Asia and the Caucasus, 4/2000, S. 127

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. Puti mira ... a.a.O., S. 18

ansässiger Gebirgsbewohner zum Beispiel in Dagestan immer die Möglichkeit hat, in sein Heimatdorf zu fahren und dort Unterstützung und Versorgung zu finden, hat ein russischer Bewohner diese Möglichkeit nicht und ist gezwungen, in das Kubangebiet, nach Rostow oder den Großraum Moskau abzuwandern. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Sie führt dazu, dass sich schon mononationale Republiken wie etwa in Tschetschenien und Inguschetien bilden.“⁸ Die Migrationsströme haben somit längst überregionalen Charakter angenommen. Kasanzew will gegensteuern und jene Russen, die Tschetschenien verlassen haben, zurückführen. In den drei tschetschenischen Bezirken Nadteretschnyj, Schelkowskij und Naurskij möchte er wieder Kosaken ansiedeln – auch wenn sich der von den Russen eingesetzte „Leiter der Administration“ Tschetscheniens, Achmad Kadyrow (der ehemalige Mufti der Republik), vehement dagegen ausspricht.

Die unkontrollierbaren Migrationsprozesse haben schon zu wesentlichen Veränderungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zu einer Zunahme der Kriminalität geführt. Bei sozioökonomischer Ungleichheit werden Tatsachen, die von „privilegierten Verhältnissen“ für nichtrussische Migranten zeugen sollen, angesichts (angeblich) unzureichender Rechte und Möglichkeiten russischer Flüchtlinge aus den Konfliktzonen des Nord- und Südkaukasus, die häufig nicht staatlich unterstützt werden, von der ansässigen russischen Bevölkerung sehr sensibel aufgenommen und können Konfliktsituationen bis hin zu Massenunruhen auslösen.⁹

Vor diesem Hintergrund fühlen sich bestimmte Teile der ethnisch russischen Bevölkerung vom Programm der „patriotischen“ Bewegung „Russische Nationale Einheit“ (RNE) angezogen. Sie hat es verstanden, die anhaltenden Divergenzen in den interethnischen Beziehungen, das verstärkte Auftreten wahnhabitischer Propaganda in Südrussland¹⁰ sowie eine angebliche „leise Expansion“ der nichtslawischen Bevölkerung in mehreren Bezirken des Gaus von Stawropol, die an Dagestan, Tschetschenien und Karatschajewo-Tscherkessien angrenzen, auszunutzen. Die Ideologie der RNE wirkt auch auf Kosaken durchaus anziehend. Diese waren der inneren Instabilität müde und betrachteten die Teilnahme an dieser Bewegung als reale Möglichkeit, die Interessen der Russen im Kaukasus zu verteidigen. Es ist bezeichnend, dass in Südrussland viele Vertreter der Intelligenz, darunter Universitätsprofessoren, sowie Militärs an der Schaffung der ideologischen Basis der RNE teilnahmen. Es gibt allerdings auch Gegenkräfte. So bejahten in einer Meinungsumfrage des Instituts für Ethnologie der Staatlichen Universität Stawropol 1998 bis 1999 zur ethnopolitischen Situation im Nordkaukasus 70 Prozent der Befragten die Frage, ob russische nationalistische Organisationen eine Gefahr für die Völker des Nordkaukasus sind. 25 Prozent meinten sogar, dass ihre Tätigkeit nicht nur im Nordkaukasus, sondern in ganz Russland eingeschränkt werden müsse.¹¹

Tabelle 3 schätzt auf der Grundlage von Meinungsumfragen der Universität Stawropol aus dem letzten Quartal 1998 die Spannungen zwischen den Russen und verschiedenen nordkaukasischen Völkern. Sie zeigt ein erhebliches Konfliktpotential.

8 Interview mit Kasanzew, Izvestija, 16.12.2000 (online)

9 Vgl. Larisa Choperskaja: a.a.O., S. 76

10 Zum Wahhabismus vgl. Ludmilla Lobova: Russlands nordkaukasische Herausforderung. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 1/1999, S. 67–69

11 Vgl. I. O. Babkin, Z. R. Pirchalava, A. Ju. Choc: Analitičeskaja informacija po resul'tatam sociologičeskich issledovanij problem mežetničeskich otnošenij na Stavropol'e. In: Etničeskie problemy sovremennosti, 4/1999, S. 70

Tabelle 3: Spannungen zwischen bestimmten Nationalitäten in ausgewählten Bezirken des Gaus von Stawropol

Bezirk	Spannungen zwischen:	Spannungsgrad (in Prozent)
Neftekumsk	Russen und Nogajern, Russen und Völkerschaften Dagestans	50
Levokumsk	Russen und Völkerschaften Dagestans	100
Budjonnowsk	Russen und Tschetschenen, Russen und Darginer	83,3

Quelle: I. O. Babkin, Z. R. Pirchalava, A. Ju. Choc: Analiticeskaja informacija po resul'tatam sociologiceskich issledowanij problem mezetniceskich otnošenij na Stavropol'e. In: Etniceskie problemy sovremennosti 4/1999, S. 65.

DIE RECHTLICHE SPHÄRE

Vor allem seit Putins Übernahme des Präsidentenamtes am 31. Dezember 1999 gilt die angebliche oder tatsächliche Unterminierung eines „einheitlichen Rechtsraumes“ in der RF durch Rechtsakte der „Subjekte“ (=Verwaltungseinheiten) der RF, die der russischen Verfassung und der föderalen Gesetzgebung widersprechen, als große Gefahr und besonders in den autonomen Republiken als mögliches Anzeichen von Separatismus. Tatsächlich sind gerade im Nordkaukasus besonders viele mit der Verfassung der RF und den föderalen Gesetzen inkompatible Normen anzutreffen. So legten etwa die Verfassungen Dagestans, Inguschetiens und Nordossetiens besonderen Wert auf die Souveränität der Republik. In Kabardino-Balkarien wurde die eigene Verfassung über die der RF gestellt. In der Republik der Adygen, in Dagestan, Inguschetien und Nordossetien wurde ein besonderes Zugriffsrecht der Behörden der Republik auf die Naturressourcen und das Staatseigentum festgelegt, die Republik der Adygen und Inguschetien können selbstständig den Ausnahmezustand ausrufen etc. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der im Mai 2000 berufenen Präsidentenvertreter in den sieben föderalen Bezirken, die Widersprüche zwischen föderaler und lokaler Gesetzgebung zu beseitigen, das heißt in der Praxis: letztere ändern zu lassen.

In letzter Zeit begannen sich im Nordkaukasus inoffizielle – und damit illegale – paramilitärische Verbände mit unklarem Status, aber dem Anspruch auszubreiten, die Ordnung aufrechtzuerhalten beziehungsweise wiederherzustellen. In der Realität beeinträchtigten sie allerdings die Stabilität und das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen „offiziellen“ Machtebenen und -strukturen, verstärkten soziale Spannungen und schufen die Grundlage für Menschenrechtsverletzungen. Besonders problematisch kann die Existenz derartiger Verbände im Falle von Massenunruhen werden.

DER FAKTOR RELIGION

Seit dem Mittelalter koexistieren im Nordkaukasus Christentum und Islam. Seit Mitte der achtziger Jahre und der zunehmenden Stärkung der Regionen der UdSSR bemühten die moslemischen Führer wieder den Islam als einheitsbildendes Element. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der von dem russischen Islamexperten Wladimir Maximenko vom

Institut für strategische Forschungen in Moskau so genannten „zweiten Islamisierung des Islam“ zu sehen.¹²

Im Nordkaukasus leben heute etwa 15 Prozent der Moslems Russlands. Derzeit breitet sich der sogenannte Wahhabismus vor allem in Dagestan, in Tschetschenien und dem Neftekumsker Bezirk des Gaus von Stawropol aus. Die Anhänger eines vor Ort traditionellen Islam versuchten 1994/95, ihm Widerstand entgegenzusetzen. Nach dem Einmarsch der russischen Truppen in Tschetschenien im Dezember 1994 verstärkte sich der Einfluss der Wahhabiten jedoch ebenso wie durch die russische Niederlage im ersten Tschetschenien-Krieg (1996) auch in Dagestan.

Der Wahhabismus trat Ende der neunziger Jahre in drei Strömungen auf: Relativ gemäßigt sind die „aufgeklärten Wahhabiten“ unter Achmed-kadi Achtajew mit zirka 1 400 Anhängern. Eine Mittelposition nehmen die „Salafiten“ (Kaukasisches islamisches Zentrum in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala, Bagauddin Kebedow) ein, und am radikalsten sind die sogenannten „wahren Wahhabiten“ um Ajub Omarow mit etwa 500 Anhängern.¹³ Verglichen mit den etwa zwei Millionen Einwohnern Dagestans sind das allerdings kleine Gruppen.

Die heutige politische Elite Russlands betrachtet den radikalen Islamismus als Bedrohung, die ganz oder weitgehend von außen bewusst in das Land hereingetragen wurde. Man muss jedoch betonen, dass der Wahhabismus in der Bevölkerung Dagestans keine breite Unterstützung findet. In einer Umfrage, bei der das Gebirgsdorf Rutul als Untersuchungsobjekt diente, brachten 70 Prozent der Bevölkerung ihre ablehnende Haltung gegenüber dieser Strömung zum Ausdruck. Als Hauptgrund der Ablehnung des Wahhabismus wurde Angst vor der Zerstörung des lokalen „traditionellen Islam“ genannt.¹⁴

Offensichtlich wäre es falsch, den „islamischen Faktor“ zu verabsolutieren. Verschiedene politische Kräfte nutzen ihn zu ihren Zwecken: So kämpft das Moskauer Zentrum unter dem Vorwand, eine „islamische Bedrohung“ abwehren zu müssen, für den Erhalt seiner Kontrolle über die islamischen Gebiete Russlands. Viele der dortigen nichtslawischen Einwohner halten das Problem des religiös-politischen Extremismus dagegen für einen Vorwand Moskaus, um seine Methoden zur Kontrolle der autonomen Republiken - und vor allem Tschetscheniens - besser legitimieren zu können.

Aktuelle und potentielle Konflikte

TSCHETSCHENIEN

Islam und Separatismus. Zu den Hauptproblemen im Süden der RF gehört die ungeklärte Situation in und um Tschetschenien. Dort war es - im Gegensatz zu praktisch allen anderen moslemischen Gebieten der RF - zu einem offenen forcierten Einsatz des Islam zu politischen Zielen durch die herrschende Elite gekommen. Trotzdem war der „islamische Faktor“ nicht die Ursache für den tschetschenischen Separatismus. Bei der im Herbst 1991 beginnenden Absetzbewegung Tschetscheniens von Russland hatte die Hinwendung zum Islam einen politisch instrumentalisierten Charakter; sie provozierte an und für sich noch keine

12 V. I. Maksimenko: Fundamentalizm i ekstremizm v islame. In: E. M. Kožokin, V. I. Maksimenko (Hg.): Islam i islamizm. Hg. vom Russländischen Institut für strategische Forschungen. Moskva 1999, S. 8f

13 Zahlen nach Puti mira ... a.a.O., S. 47

14 Vgl. T. F. Siverceva: Tradicionnaja narodnaja kul'tura i islam v Dagestane (po materialam polevyh issledovanij). In: E. M. Kožokin, V. I. Maksimenko (Hg.): a.a.O., S. 229

interreligiösen Gegensätze.¹⁵ Der russische Militäreinsatz ab Ende 1994 begünstigte aber die „religiöse Wiedergeburt“ des Islam in Tschetschenien und machte den religiösen Unterschied zwischen Russen und Tschetschenen zu einem Faktor, der zur Entfremdung der beiden Völker beitrug: Tschetschenien wurde die einzige moslemische Region der RF, wo die Rückbesinnung auf die Religion zu einem erheblichen Ausmaß die Folge von äußerem Druck war.¹⁶ Er führte zur Ausrufung des „Heiligen Krieges“ durch die Rebellen. In Tschetschenien trug das Vorhandensein einer starken religiösen Determinante bei der ethnischen Selbstidentifizierung wesentlich zur Mobilisierung der Massen bei der Unterstützung von teilweise radikalen Maßnahmen der nationalen Führung bei. Auf diese Weise haben sich die Tschetschenen im Konflikt mit Russland nicht nur als ethnische, sondern auch als ethnokonfessionelle Gemeinschaft konsolidiert.

Russische Politiker und Medien behaupteten zu Beginn des ersten Tschetschenienfeldzuges, dass der Führer der Separatisten, Tschetscheniens Präsident Dzhochar Dudajew, auf den „islamischen Faktor“ im Widerstand gegen die russischen Truppen gesetzt habe, um auf diese Weise erstens bei den islamischen Völkern des Nordkaukasus Solidarität zu mobilisieren und zweitens an Hilfe und Unterstützung islamischer Staaten außerhalb der GUS zu appellieren. Beides scheiterte beziehungsweise traf lange nicht im von den Tschetschenen erhofften Ausmaß ein. Moskau fürchtete dennoch, dass sich das Ausland in Tschetschenien einmischen könnte, um eine Konfliktregelung unter Berücksichtigung seiner Interessen zu erreichen – auch wenn es dafür keine Anzeichen gab und gibt. Der Krieg zwischen den Tschetschenen und der russischen Zentralmacht wurde jedenfalls von der Ebene der nationalen Widerstandsbewegung im Anfangsstadium in den Bereich der religiösen Konflikte zurückgeführt, die angeblich einen tiefen, unversöhnlichen Charakter hatten.¹⁷

Ein Übergreifen des Separatismus? Der Großteil der nationalen Eliten war mit der Besetzung der Führungspositionen in ihren autonomen Republiken – und vor allem im Nordkaukasus – im Zuge der sogenannten „Parade der Souveränitäten“ Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre weitgehend zufriedengestellt und führte dann Konsultationen mit dem föderativen Zentrum in Moskau über eine Abgrenzung der Kompetenzen durch. Trotz dieser im Großen und Ganzen andauernden Loyalität der autonomen Republiken fürchtete das Zentrum, dass die nationalen Eliten vom tschetschenischen Beispiel „angesteckt“ werden und ebenfalls auf einen separatistischen Kurs einschwenken könnten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich das populäre Verständnis des Begriffes „Separatismus“ in Russland nicht auf eine angestrebte staatsrechtliche Trennung beschränkt. So wird – darunter von Militärs – häufig der Begriff „Ethnoseparatismus“ verwendet. Dabei soll es sich um ein Phänomen handeln, das „seinem zerstörerischen Potential nach äußerst gefährlich ist und das nicht nur die Errichtung von ethnokratischen Herrschaftsformen begünstigt, sondern auch die Idee von der nationalen Exklusivität reanimiert ... und ganze Völker zu Parias macht“¹⁸. Eine weitere Eigenart stellt der „innere Separatismus“ dar. Als Beispiel kann man die Ereignisse in Kabardino-Balkarien im November 1996, zur Zeit des

15 Vgl. Aleksej Malašenko: *Islamskoe vozroždenie v sovremennoj Rossii*. Moskva 1998, S. 165f

16 So meinte der tschetschenische Präsident Dzhochar Dudajew im März 1996, also kurz vor seinem Tod unter bis heute nicht völlig geklärten Umständen, in einem Interview: „Russland ... drängte uns auf den Weg des Islam, obwohl wir schlecht auf die Annahme von islamischen Werten vorbereitet waren“. Zitiert nach Aleksej Malašenko: a.a.O., S. 167

17 So I. O. Babkin: *Nekotorye aspekty vozdejstvija separatizma na mežnacional'nye i mežkonfessional'nye otnošenija v severo-kavkazskom regione*. In: *Etničeskie problemy sovremennosti*, 5/1999, S. 31, 33

18 Jurij Morozov : *Etnoseparatizm: ugroza nacional'noj regional'noj i global'noj bezopasnosti*. In: *Mir posle Kosovo: Rossija, SNG, Latinskaja Amerika* (Materialy naučno-praktičeskoj konferencii – Institut Latinskoj Ameriki RAN i Centr Voenno-strategičeskich issledovanij General'nogo štaba Vooružennych Sil RF), 14.12.1999. Moskva 2000, S. 37. Jurij Morozov ist Oberst im Zentrum für strategische Forschungen des Generalstabes der russischen Streitkräfte.

Abzugs der russischen Truppen aus Tschetschenien, heranziehen, als ein „Erster Kongress des balkarischen Volkes“ eine „Balkarische Republik“ ausrief, die sich aber – so wurde eigens betont – im Gegensatz zu Tschetschenien nicht von Russland lossagen wolle.¹⁹ Die „Balkarische Republik“ blieb ein Phantom, aber das Beispiel zeigte aus Moskauer Sicht, dass die allgemeine Instabilität in der RF sogar politisch ruhige Territorien mit Separatismus – und sei es „innerem“ – „infizieren“ konnte.

Die offenen tschetschenischen Bemühungen um einen Austritt aus dem Verband der RF fanden schließlich nicht einmal im Nordkaukasus selbst Nachahmer, von anderen Teilen der RF ganz abgesehen. Die Gründe dafür sind sowohl vor als auch nach dem Beginn der ersten russischen Militärkampagne in Tschetschenien zu suchen. Zunächst gewannen Dudajews hegemoniale Ansprüche in der ganzen nordkaukasischen Region keinerlei Unterstützung, und ernstzunehmende politische oder militärische Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung standen ihm offenkundig nicht zur Verfügung. Zudem hatte Dudajew seiner Bevölkerung versprochen, Tschetschenien in ein „nordkaukasisches Kuwait“ zu verwandeln, doch das Gegenteil trat ein: Die Wirtschaft wurde völlig ruiniert, Armut und Gesetzlosigkeit griffen um sich. Vor allem aber machte die erste russische Militärkampagne in Tschetschenien 1994 bis 1996, die große Zerstörungen anrichtete und enorme Opfer forderte, den separatistischen Weg – trotz ihres schließlichen Scheiterns – für andere Subjekte der RF, deren nationale Eliten und Völker alles andere als anziehend. In Dagestan war man zudem von der politischen Manipulation des „islamischen Faktors“ (Wahhabismus) durch maßgebliche Kräfte in Tschetschenien erschrocken.

Auch in Tschetschenien selbst wurde der radikale Separatismus bei weitem nicht von allen Teilen der Gesellschaft unterstützt. Besonders nach 1996 verstanden viele Tschetschenen, dass sich ein Ausscheiden aus dem Staatsverband der RF und die Verkomplizierung der Beziehungen mit den anderen nordkaukasischen Republiken ökonomisch negativ auf Tschetschenien selbst auswirken würde. Dazu kamen ständige politische Spannungen innerhalb der Republik wie die Konfrontation zwischen verschiedenen Machtgruppen oder Clans, denen der Anfang 1997 unter Aufsicht der OSZE gewählte Präsident Aslan Maschadow nicht Herr zu werden vermochte.

Zur Rolle Russlands. Die tschetschenische Separatistenbewegung zeigte Defizite der russischen Nationalitätenpolitik auf, die es an der nötigen Beachtung der ethnopolitischen Situation in Tschetschenien sowie der dortigen Traditionen und Mentalität fehlen ließ. Moskau gab bei der Bekämpfung des tschetschenischen Separatismus Militärkampagnen gegenüber effektiven politischen Maßnahmen den Vorzug. Die verbreitete „Islamophobie“ in der öffentlichen Meinung Russlands ist derzeit eine der Hauptgefahren, die fähig ist, dauerhafte Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Teilen der polyreligiösen Gesellschaft des Landes hervorzurufen oder wenigstens zu verstärken. Die politische Elite und die Medien Russlands bemühen sich, im gesellschaftlichen Bewusstsein die Vorstellung zu festigen, dass die Separatisten Tschetscheniens bestrebt seien, eine größtmögliche Polarisierung in der russischen Gesellschaft und Entfremdung der Moslems von den anderen Religionen zu erreichen. Allerdings ist schlecht zu bestreiten, dass die separatistische Bewegung sowie der beharrliche Widerstand weiter Teile der Bevölkerung Tschetscheniens gegen die russische Macht nicht nur Folgen des religiösen und politischen Extremismus in der Republik selbst, sondern auch der russischen Militäraktionen sind. Putin vertritt dennoch konsequent die Auffassung, dass „es ein unverzeihlicher Fehler wäre, erneut aus Tschetschenien

19 Gerade in Naltschik, der Hauptstadt Kabardino-Balkariens, wurden zahlreiche Konferenzen zur Regelung der russisch-tschetschenischen Krise durchgeführt.

herauszugehen“ und dass die Militärkampagne „bis zum Ende geführt werden muss“²⁰. Dieses ist allerdings nicht in Sicht – auch wenn die russische Seite immer wieder einen „unmittelbar bevorstehenden“ Zusammenbruch des Widerstandes der tschetschenischen Rebellen unter Maschadow behauptet.

WEITERE KONFLIKTHERDE

Das Konfliktpotential im östlichen Teil des Nordkaukasus – konkret in Tschetschenien, Dagestan und dem Prigorodny-Bezirk Nordossetiens – ist deutlich höher als im ruhigeren Westen, das heißt von Kabardino-Balkarien bis zur Republik der Adygen. Das bedeutet allerdings nicht, dass dort keine ethnischen Spannungen vorhanden wären.

Nordossetien/Inguschetien. Im Oktober 1992 eskalierten die Spannungen zwischen Osseten und Inguschen²¹. Russlands Präsident Boris Jelzin verhängte am 2. November 1992 den Ausnahmezustand für die beiden Republiken. Zur gleichen Zeit ging das russische Militär zusammen mit ossetischen Milizen unverzüglich daran, den zwischen den beiden autonomen Republiken strittigen Prigorodny-Bezirk gewaltsam unter Kontrolle zu bringen. Die Angaben über die Anzahl der Toten differierten stark, doch fand man alleine im Zentralkrankenhaus der damaligen Hauptstadt Inguschetiens, Nasran, über 600 Leichen.²² Dies war der Höhepunkt eines Konflikts, dem man *ethnoterritorialen Charakter* mit Zügen von „innerem“ Separatismus zusprechen kann: Weder in Nordossetien noch in Inguschetien stand ein Austritt aus der RF zur Diskussion, und religiöse Fragen waren irrelevant.

Nachdem der außerordentliche Vertreter des russischen Präsidenten vor Ort, Alexej Kulakowskij, Putin über die Möglichkeit eines erneuten Aufflommens der Gewalt zwischen Inguschetien und Nordossetien wegen des Prigorodny-Bezirks berichtet hatte, wurden Verhandlungen der Präsidenten Nordossetiens und Inguschetiens, Alexander Dzasochow und General a.D. Ruslan Auschew, angesetzt, die am 16. Januar 2001 in Essentuki (Gau von Stawropol) unter der Vermittlung Kasanzews stattfanden.²³ Dabei wurden Vereinbarungen über Maßnahmen für die Beseitigung der Konfliktfolgen unterzeichnet. Das dürfte jedoch kaum zu einer endgültigen Lösung des Problems führen. In erster Linie haben die beiden Seiten ihre Absicht bekräftigt, die Vereinbarungen aus dem Jahre 1993 einzuhalten, wonach die inguschetischen Flüchtlinge in den Prigorodny-Bezirk zurückkehren sollen. Der Unterschied der Positionen besteht darin, dass Inguschetien auf der sofortigen Rückkehr aller Flüchtlinge besteht, während Nordossetien für eine sukzessive Vorgangsweise eintritt.

20 Zitiert nach Nezavisimaja gazeta, 26.12.2000, S. 8

21 Der Hintergrund des Konflikts ist im Westen wenig bekannt: 1944 waren Tschetschenen und Inguschen wegen des Vorwurfs der Kollaboration mit den Deutschen deportiert und die Tschetscheno-inguschetische autonome sozialistische Sowjetrepublik aufgelöst worden. 1957 wurde sie wiederhergestellt und den deportierten Völkern die Rückkehr in die Heimat gestattet, doch blieb der für die Inguschen sehr wichtige, an die nordossetische Hauptstadt Ordzhonikidze (heute wieder Wladikawkas) grenzende Prigorodny-Bezirk am rechten Ufer des Terek-Flusses bei Nordossetien. Damit wollten sich die Inguschen – soweit das unter den Bedingungen der totalitären Sowjetmacht überhaupt möglich war – nicht abfinden. Sie betrieben eine Politik der „stillen Expansion“ und siedelten sich im Prigorodny-Bezirk teilweise unter Umgehung der eigens gegen sie errichteten administrativen Hindernisse an, was schließlich dazu führte, dass viel mehr Inguschen in Nordossetien lebten als offiziell gemeldet waren. Ende der achtziger Jahre verhärteten sich die Fronten immer weiter: Während die Inguschen „historische Gerechtigkeit“, d. h. eine Lösung der Prigorodny-Frage in ihrem Sinne, forderten, lehnten es die Nordosseten prinzipiell ab, die Grenzen ihrer Republik auch nur zu diskutieren.

22 Vgl. Swetlana Tschewonnaja: Der ossetisch-inguschische Konflikt im Nordkaukasus. I. Ausbruch und Verlauf des kriegerischen Konflikts 1992. In: Osteuropa, 8/1995, S. 749. Svante E. Cornell: Conflicts in the North Caucasus. In: Central Asian Survey, 3/1998, S. 415. Felix Corley: The Ingush-Ossetian Conflict. In: Jane's Intelligence Review, 9/1994, S. 401–403

23 Nach Izvestija, 17.1.2001 (online)

Für *Karatschajewo-Tscherkessien* sind Polynationalität und die Polyreligiosität typisch. Hier leben fünf Hauptnationalitäten: Karatschaier, Tscherkessen, Russen, Nogajer und Abasinen. Die dominierenden Religionen sind die Orthodoxie in der slawischen Bevölkerung und der Islam der Bergvölker. Die Verbindung des letzteren mit den ethnischen Prozessen in der Republik zeigte sich bereits 1991 deutlich, als die Frage der Teilung Karatschajewo-Tscherkessiens (ohne Austritt aus der RF) auftauchte. Die von Tscherkessen dominierte sogenannte islamische „Partei der Wiedergeburt“ nahm an Veranstaltungen aktiv teil, wo dies propagiert wurde.

Aus Anlass der Wahlen des Republikspräsidenten im Frühjahr 1999 verschärften sich die ethnischen Widersprüche erneut. Der Bürgermeister der Republikhauptstadt Tscherkessk, Stanislaw Derew, ein Tscherkesse, und General a.D. Wladimir Semjonow, ein Karatschaier und ehemaliger Oberkommandierender der russischen Landstreitkräfte, erreichten die Stichwahl. Im zweiten Wahlgang siegte der auch von den die relative Mehrheit der Republik stellenden Russen favorisierte Semjonow mit 75 Prozent der Stimmen, doch verhinderten seine Gegner zunächst seine Amtsübernahme. Im Sommer 1999 verschärfte sich die Lage in der Republik: Sowohl Tscherkessen wie Karatschaier hielten von verschiedenen Gewaltakten und Anschlägen begleitete Massenkundgebungen ab, wobei erstere nachdrücklich eine Sezession von Karatschajewo-Tscherkessien verlangten. Mitte September 1999 konnte Semjonow sein Amt antreten, doch verkündeten seine Gegner unter Derew eine tscherkessische Autonomie.

Derzeit wird die Aufteilung von Ämtern und Einflussphären in Karatschajewo-Tscherkessien weitgehend nach ethnischen Richtlinien zwischen den beiden Titularnationen durchgeführt. Ethnien, die der Bevölkerungszahl nach hinter den beiden Titularnationen liegen, fürchten, durch diese Art der Machtverteilung benachteiligt zu werden, und werfen die Frage einer eigenen Staatlichkeit im Rahmen der RF auf. So ist etwa von der Bildung eines Bezirks der Abasinen und eines Bezirks der Nogajer die Rede. Auch die Kosaken stellen Forderungen wie zum Beispiel Teilnahme an der Verwaltung der Republik, Funktionen beim Rechtsschutz usw. Der Konflikt ist bis heute nicht beigelegt, die Existenz der Republik als einheitliches Subjekt der RF keineswegs gesichert.²⁴

Bis zum Beginn des Kaukasuskrieges 1817 kontrollierten die *Adygen* das große Territorium vom Schwarzen Meer bis an den mittleren Terekfluß im Osten des Nordkaukasus. Die Übersiedlung eines großen Teils der Adygen nach dem russischen Sieg im Kaukasuskrieg (1864) in das Osmanische Reich war eine Tragödie für dieses Volk. In der Sowjetzeit bildeten sich aus der adygischen Wurzel drei Nationen, nämlich Adygen, Kabardiner und Tscherkessen. Im Rahmen ihres heutiges Siedlungsgebietes sind alle drei zusammengenommen nach den Russen die zweitgrößte ethnische Gruppe. 1990 fand ein Weltkongress der Tscherkessen statt, wo eine bis heute tätige „Internationale Tscherkessische Assoziation“ gegründet wurde, der auch nicht in Russland ansässige Adygen angehören. Gegen diese Vereinigungstendenzen der Völker mit adygischen Wurzeln treten turksprachige – in erster Linie balkarische und karatschajische – Politiker und Gelehrte auf.

In der heutigen Republik der Adygen ist es zwar ruhig, doch kann nicht davon gesprochen werden, dass die interethnischen Beziehungen friktionsfrei wären. So gibt es immer wieder Beschwerden von Funktionären russischer beziehungsweise slawischer Organisationen in der Republik, wonach die Adygen, also deren Titularnation, welche nur 23 Prozent der Bevölkerung ausmacht, in den politischen Vertretungsorganen überrepräsentiert seien.

24 Zu Details dieses Konflikts vgl. Swetlana Tscherwonnaja: Die Karatschaier und Balkaren im Nordkaukasus. Konflikte und ungelöste Probleme. Berichte des Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien, 32/1999

Zeitweise drohte die „Union der Slawen der Republik der Adygen“ mit der Forderung des Anschlusses der nur von Slawen bewohnten Teile der Republik an den Gau von Krasnodar.²⁵ Das wäre ein (allerdings von Slawen initiiertes) weiterer Fall von „innerem“ Separatismus.

GETEILTE VÖLKER

Die Situation in der Region wird durch das Problem der „geteilten Völker“ verkompliziert. Dazu gehören Lesginen, Osseten und einige andere.

Die *Nogajer* leben weit verstreut vor allem in Karatschajewo-Tscherkessien, im Gau von Stawropol, in Dagestan und auch in Tschetschenien. Diesem Problem kommt keine überregionale Bedeutung zu, doch seine Existenz ist nicht zu ignorieren. Manche Nogajerführer stellen die Frage nach einer territorialen Autonomie, doch diese dürfte es in der nächsten Zukunft nicht geben. Möglicher Ausweg wäre eine national-kulturelle Autonomie.

Die *Lesginen* sind, wie erwähnt, zwischen Dagestan (das heißt Russland) und Aserbaidschan geteilt. Derzeit gibt es kaum eine Gefahr, dass Dagestan entlang ethnischer Bruchlinien zerfällt; es ist durch zu viele enge historische, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren verbunden. Aber das Problem der Teilung des lesginischen Volkes schafft nicht nur eine potentielle Konfliktsituation für Dagestan, sondern auch eine Gefahr für die ohnedies zeitweise mehr oder weniger gespannten Beziehungen zwischen Russland und Aserbaidschan. Auf die Lesginen selbst wird zeitweise nur wenig Rücksicht genommen; so ordneten die russischen Behörden während des ersten Tschetschenien-Krieges eine Schließung der dagestanischen Grenze zu Aserbaidschan an.²⁶

Turk-Mescheten. Die ethnopolitische Situation im Nordkaukasus wird in mehrfacher Hinsicht von den Folgen der erwähnten Deportationen beeinflusst. Den 150 500 Turk-Mescheten, die im November 1944 aus Südwestgeorgien (Mes'cheti oder Dzhawachetien) nach Mittelasien – und vor allem in das Ferganatal – deportiert worden waren,²⁷ war im Unterschied zu den anderen umgesiedelten Völkern – Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier, Balkaren und Kalmücken – auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) das Recht verwehrt worden, in ihre angestammte Heimat zurückzukehren. Im Fergana-Tal wurden sie Ende Mai und Anfang Juni 1989 wie auch Krimtataren und Armenier Opfer von – offenbar gut vorbereiteten – pogromartigen Ausschreitungen usbekischer Jugendbanden, die nach offiziellen und sehr wahrscheinlich zu niedrigen Angaben 97 Tote und über 1 000 Verletzte forderten. Daraufhin verließen Zehntausende Turk-Mescheten Usbekistan. Nach Daten von Ende 1997 befanden sich 73 000 in der RF, davon fast 40 000 im Nordkaukasus (Gebiet von Rostow, Gaue von Krasnodar und Stawropol, Kabardino-Balkarien).²⁸ Für Anfang 2001 wurde die Zahl von 20 000 im Gau von Krasnodar genannt; sie sind in der lokalen russischen Bevölkerung höchst unbeliebt.²⁹ Der Rückkehr der Turk-Mescheten in ihre historische Heimat stehen ökonomische Probleme, turkophobe Vorurteile der Georgier, Widerstand der Armenier in Dzhawachetien, der vom offiziellen Armenien mehr oder weniger offen unterstützt wird, sowie mangelndes Interesse der RF entgegen.

25 Vgl. das Interview mit der Vorsitzenden der „Union der Slawen der Republik der Adygen“, Nina Konowalowa. In: NG-Regiony (Beilage zur Nezavisimaja gazeta), 21/1998, S. 6. Vgl. auch die Entgegnung von Prof. Malitsch Autlew in: Nezavisimaja gazeta, 29.1.1999, S. 7

26 Vgl. Otto Luchterhand: Dagestan. Unaufhaltsamer Zerfall einer gewachsenen Kultur interethnischer Balance? Hamburg 1999 (= Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 118), S. 45

27 Vgl. Anatolij V. Avksentiev, Viktor A. Avksentiev: Etničeskie gruppy i diaspori Stavropol'ja. Stavropol 1997, S. 71

28 Nach Svetlana Tschervonnaja: Die Turk-Mes'cheten. Ein Volk ohne Land. Probleme der Repatriierung. In: Ethnos-Nation, 7/1999, S. 31

29 Vgl. Izvestija, 16.3.2001(online)

Geopolitische Dimensionen

Der Kaukasus ist traditionell eine Region, wo sich Kulturen und Zivilisationen aus Nord und Süd, Ost und West begegnen und sich dabei ebenso gegenseitig bereichern wie im Wettstreit stehen. Die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts brachten ein erhöhtes Engagement der Türkei, des Iran und anderer islamischer Länder aus dem Nahen und Mittleren Osten im Kaukasus. Dabei spielen geoökonomische Faktoren – konkret die Energieträger (und vor allem Erdöl und -gas) aus dem Kaspischen Becken – eine wesentliche Rolle: Russland möchte deren Ausbeutung und Transport so weit wie möglich kontrollieren und sieht sich dabei von westlichen Staaten und ihren Konzernen herausgefordert. Als Bedrohung seiner Interessen interpretiert Moskau insbesondere das von Aserbaidschan, Georgien, der Türkei und den USA am Rande des OSZE-Gipfels in Istanbul 1999 beschlossene Projekt, eine Erdölpipeline von der aserbaidzhanischen Hauptstadt Baku über die georgische Hauptstadt Tiflis bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu bauen. Die RF bekämpft diese Pläne vehement und besteht auf einer Nutzung der Route von Baku zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk. Sie hat dazu sogar einen Tschetschenien umgehenden Pipelineabschnitt gebaut.

Die angeblichen und tatsächlichen Aktivitäten militärischer und wirtschaftlicher Allianzen an der Südflanke der RF beunruhigen Moskau. Die Mehrheit der russischen Beobachter behauptet, dass damit Druck auf die RF ausgeübt werden soll, damit es politische und wirtschaftliche Zugeständnisse an verschiedene Staaten mit Interessen in der Region wie auch an Kräfte in Russland selbst macht, die dem Zentrum skeptisch gegenüberstehen. So heißt es in einer Veröffentlichung des russischen Grenzschutzes, dass Konflikte im Kaukasus „Russland als möglichen geopolitischen Konkurrenten des Westens wesentlich schwächen und anderen die Möglichkeit eröffnen, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen sowie einen aktiven Einfluss auf seine Außenpolitik auszuüben“.³⁰

Einen besonderen Einfluss auf die aktuellen Vorgänge üben nach Meinung russischer Experten ein politisierter Islam sowie das Streben einer Reihe von Führern der nordkaukasischen autonomen Republiken aus, sich an Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und Südsiens zu orientieren. Zudem ist ähnlich wie am Anfang des 20. Jahrhunderts im Zarenreich viel von einer Gefahr der Islamisierung der südlichen Gebiete Russlands die Rede. Moskau fürchtet, dass sich „Zugeständnisse in Tschetschenien als strategische Niederlage (Russlands) vom Nordkaukasus bis Zentralasien auswirken und zu einer Destabilisierung des Wolgagebiets führen“³¹ könnten, obwohl es dort bisher völlig ruhig ist. Zahlreiche russische Politiker, Politologen und Medien warnen vor einer „Gefahr aus dem Süden“, die mit dem radikalen Islam (jedoch ausdrücklich nicht in seiner iranischen Ausprägung) assoziiert wird; zahlreiche Terrororganisationen, so heißt es, hätten sich Russland zum Angriffsziel gewählt. Die ärmlichen Lebensverhältnisse der islamischen Einwohner des Nordkaukasus, welche zur Ausbreitung des Wahabbismus beitragen, spielen in der Lageanalyse der russischen Führung und ihr nahestehender Beobachter in Medien und Wissenschaft praktisch keine Rolle. In jedem Fall ist es möglich oder sogar wahrscheinlich, dass der Nordkaukasus zum Schauplatz neuer geopolitischer Verwerfungen wird.

30 Severnyj Kavkaz: Istorija i sovremennost' (Informacionno-spravočoe posobie Federal'noj pograničnoj služby RF). Moskva 2000, S. 11f

31 Dmitrij Trenin: Vnešnjaja politika Vladimira Putina <www.polit.ru/documents/252771.html>

Fazit

Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage im Nordkaukasus muss folgende Gegebenheiten berücksichtigen:

- Ethnische Konflikte wurden in der Sowjetzeit unterdrückt, was aber keine Beseitigung der teilweise weit in die Vergangenheit zurückreichenden Ursachen bedeutete.
- Die sozioökonomischen Gegebenheiten werden unter anderem durch Misserfolge bei der Durchführung der Wirtschaftsreformen im postsowjetischen Russland, partiellen wirtschaftlichen Kollaps, Devastierung der Infrastruktur sowie der Bildungseinrichtungen bestimmt.
- Wenn die russische Führung und ihr nahestehende Stimmen aus Politik, Wissenschaft und Medien von der Gefahr eines Zerfalls Russlands und der besonderen Verwundbarkeit seiner südlichen Gebiete sprechen, betonen sie stets eine Bedrohung von außen beziehungsweise einen „Import“ der bestehenden Probleme, besonders des islamischen Extremismus. Die schlechte Wirtschaftslage, die Besonderheiten der nationalen Kultur und Mentalität und als Folge davon die spezifische ethnopolitische Situation im Nordkaukasus bleiben demgegenüber unterbewertet oder überhaupt unberücksichtigt.
- Die Beziehungen zwischen den (autochthonen) moslemischen Völkern und den (nichtautochthonen) Slawen in den Republiken des Nordkaukasus wie auch des Wolgagebiets sind eines der kompliziertesten Probleme Russlands. Auf beiden Seiten ist eine Rückbesinnung auf die eigene Sprache, Geschichte, Tradition usw. und damit eine Stärkung des ethnischen Selbstbewusstseins unübersehbar, so dass die Entfremdung zwangsläufig zunimmt.
- Der von islamischen Losungen begleitete tschetschenische Separatismus zwang die russische Gesellschaft auf der Ebene des öffentlichen Bewusstseins wie auch der Eliten, über die Vereinbarkeit der auch politischen islamischen Traditionen mit dem neuen quasidemokratischen politischen System der RF nachzudenken. Und: „Inwiefern sind zwei Konfessionen im Rahmen eines gemeinsamen russischen Staates kompatibel, wenn eine, die Orthodoxie, dominiert und die andere (das heißt der Islam) Teil einer gigantischen Zivilisation ist, die in der RF ihr soziokulturelles Potential nicht realisiert ...?“³²
- Das offizielle Moskau orientiert sich in seiner Sicherheitspolitik wieder zunehmend an geopolitischen Kategorien. Das zeigt sich auch in der Einstellung gegenüber den Problemen des Nordkaukasus: Dieser gilt als Gebiet, in dem verschiedene Interessen, darunter solche, die eine Schwächung des russischen Staatswesens und seines Einflusses in der Region bewirken wollten, aufeinanderprallen. Die Grundsätze der russischen Kaukasuspolitik wurden von Außenminister Igor Iwanow während einer Reise in den Südkaukasus in September 1999 formuliert: „Russland war, ist und bleibt eine kaukasische Macht ... der Kaukasus ist unser gemeinsames Haus“. Er betonte auch, dass Russland einen stabilen Kaukasus braucht. „Sonst werden wir nicht in der Lage sein, die Sicherheit der

32 Aleksej Malašenko: a.a.O., S. 164

südlichen Grenzen Russlands zu sichern und Einfälle von Terroristen und religiösen Extremisten im ganzen Territorium zu verhindern“.³³

Dr. Ludmilla Lobo
Politologin, Wien

33 Vgl. Valery Tishkov, Anton Ivanov (Hg.): The Russian Government Conflict Prevention Capacities in the Caucasus. Februar 2000 <www.fewer.org/research/studrus.htm>